



Microsoft ist mit Cloud und Software in der Schweiz stark vertreten: Standort im Zürcher Prime Tower.
Montage: Michael Treuthardt, Foto: Urs Jaudas

Edith Hollenstein

Einmal dort, immer dort. Wer sich an Programme von Microsoft oder Google gewöhnt hat, kommt fast nicht mehr davon los. So geht es Gemeinden, Kantonen und sogar der Bundesverwaltung.

Vor allem aus Bequemlichkeit würden Verwaltungen teure ausländische Softwarelösungen jedes Jahr automatisch verlängern, sagt Marc Oehler. Er ist Chef von Infomaniak mit Niederlassungen in Genf und Winterthur. Die Firma mit 300 Angestellten macht mit dem Verkauf von Diensten wie E-Mail, Streaming, Videoconferencing, Webhosting und Cloudspeicher jährlich knapp 50 Millionen Franken Umsatz. Damit könne sie, so Oehler, fast alle Bedürfnisse von Firmen und Verwaltungen abdecken, und dies deutlich günstiger als bekannte US-Techfirmen. Die Vorstellung, Microsoft sei der einzige Anbieter umfassender Kollaborationstools, sei «ein Mythos».

Die Summen an IT-Ausgaben, die ins Ausland fliessen, sind enorm. Laut Zahlen der Berner Fachhochschule (BFH) hat der öffentliche Sektor seit 2015 mehr als 3,2 Milliarden Franken für Clouddienste und Lizenzen an ausländische IT-Riesen überwiesen, davon rund 1,3 Milliarden allein an Microsoft. Besonders brisant: Mehr als die Hälfte des Geldes werde im sogenannten «freihändigen Verfahren» vergeben, so die BFH-Analyse.

Mehr Open Source würde Wirtschaftsleistung erhöhen

Das schade dem Schweizer IT-Sektor. Dadurch hätten Schweizer Unternehmen keine Möglichkeit, ein Konkurrenzangebot einzureichen, obwohl sie technologisch gute Lösungen anbieten könnten.

Oehler von Infomaniak sagt, Ausschreibungen von Verwaltungen seien oft derart auf Microsofts Produkte zugeschnitten, dass sie damit «faktisch einen grossen Teil des Wettbewerbs ausschliessen». Dabei gäbe es durchaus Alternativen, wie Dienstleistungen von hiesigen IT-Firmen wie TI&M, Adnovum, Proton, Safeswisscloud oder Abraxas zeigen. Mit mehr Aufträgen könnten sie wachsen

und mehr Geld in die Verbesserung ihrer Produkte investieren.

Die BFH schätzt, dass die Steigerung der inländischen Wertschöpfung durch strategische Förderung von Open-Source-Technologien jährlich mindestens 3 Milliarden Franken betragen würde. Die BFH stützt ihre Berechnung auf eine Studie der EU, die bei 10 Prozent Mehrausgaben für Open-Source-Dienstleistungen eine Steigerung von 0,4 bis 0,6 Prozent der Wirtschaftsleistung prognostiziert.

Auch Infomaniak könnte profitieren. Heute würden, so Oehler, «enorme Summen ohne langfristige Vision ausgegeben, ohne lokale Industriepolitik, aber mit einer starken Abhängigkeit von ausländischen Akteuren».

Vertiefte Abklärungen der Wettbewerbskommission

Was das konkret heisst, zeigt das Beispiel von Zürich, wo sich die Kosten allein für Microsoft zwischen 2019 und 2025 vervierfachen haben (von 7,4 auf 28,4 Millionen Franken). Auf Druck der Politik prüft die Stadt nun Möglichkeiten, die Abhängigkeit von Microsoft zu reduzieren.

Weil der Wechsel auf Alternativen mit erheblichen technischen und finanziellen Hürden verbunden ist und Microsoft im laufenden und im kommenden Jahr die Preise erneut deutlich erhöhen will, hat inzwischen die Wettbewerbskommission vertiefte Abklärungen aufgenommen. Die Erhöhungen bei den Lizenzgebühren bei Microsoft 365 könnten Hinweise auf unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen darstellen, schreibt die Behörde. «Microsoft befindet sich in einer Quasi-Monopolstellung», sagt Oehler von Infomaniak. Diese erlaube es dem Konzern, dem Markt seine Entscheidungen aufzuzwingen und die Preise regelmässig zu erhöhen – «ohne echte Gegenwehr».

In der Praxis würden viele Kunden weiter zahlen, «nicht weil die Lösungen optimal sind, sondern weil sie sich nicht die Zeit nehmen, Alternativen zu prüfen». Das schränke, so Oehler, den Wettbewerb stark ein und behindere das Aufkommen europäischer Anbieter.

Tatsächlich wächst der Widerstand gegen die US-Tech-

Microsofts Fast-Monopol kostet Schweizer IT-Firmen Milliarden

US-Tech Weil der Staat Bürosoftware vor allem bei US-IT-Riesen kauft, komme der inländische Techsektor nicht vom Fleck, kritisiert Marc Oehler, Chef der Schweizer Firma Infomaniak.

dominanz. Die Kantone Bern und Aargau, die Gerichte von Basel-Stadt und Zürich sind dem Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz (SDS) beigetreten, dessen Ziel es ist, staatliche Nachfrage zu bündeln und Open-Source-Alternativen zu fördern.

Inzwischen umfasst das Netzwerk, das massgeblich von Matthias Stürmer, dem Co-Geschäftsführer und Professor an der BFH, vorangetrieben wird, über 140 Institutionen. Dass das Netzwerk so starken Zulauf erfährt, sorgt für deutliche Kritik – etwa seitens der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer. Alex Grossenbacher, Berater bei der Vereinigung, habe es als unzulässige politische Parteinahme gegen amerikanische Techkonzerne bezeichnet, berichtete das

Onlinemagazin «Republik» diese Woche. Er habe bei Behörden, die im Beirat des Netzwerks SDS vertreten sind, interveniert und ihren Austritt gefordert.

Auf Anfrage dieser Zeitung sagt Grossenbacher, er habe nicht «intervenierte», sondern «eine Anfrage zur Governance zur Prüfung gegeben». Dass Datenschutzbeauftragte, die Empfehlungen zur Gesetzgebung abgeben, sowie technische Fachverantwortliche, etwa von der Stadt Zürich und dem eidgenössischen Justizdepartement, im strategischen Beirat einer Organisation sitzen, die eine explizite industriepolitische Agenda verfolge, werfe «eine legitime Governance-Frage auf – unabhängig davon, ob es um amerikanische, europäische oder Schweizer Anbieter geht», sagt Grossenbacher.

Gleichzeitig erreicht das Ringen um digitale Unabhängigkeit eine geopolitische Dimension. Das Vorgehen der USA in der Grönland-Frage führt dazu, dass europäische Politiker vermehrt fordern, Europa müsse seine Abhängigkeit von den USA nicht nur in Verteidigung und Handel verringern, sondern auch im Technologiebereich. Denn: Was gäbe es Schlimmeres als eine Anordnung der USA, den Zugang der europäischen Länder zu Clouddiensten oder E-Mail-Software zu kappen? Diverse Firmen könnten nicht mehr operieren.

Aber auch für amerikanische Technologieunternehmen steht viel auf dem Spiel. Laut dem «Wall Street Journal», das sich auf Daten der US-Regierung bezieht, exportieren sie sogenannte digital erbringbare Dienstleistungen im Wert von über 360 Milliarden Dollar nach Europa – darunter Werbung und Tools für künstliche Intelligenz (Zahlen von 2024).

Unter den europäischen Staaten wollen vor allem Deutschland und Frankreich möglichst rasch ihre US-Abhängigkeit reduzieren. Deutschland testet eine Open-Source-Alternative zu Micro-

soft sowohl in den Arbeitsplätzen des Digitalisierungsministeriums als auch in einigen Bundesbehörden. In Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron die Förderung einheimischer Techfirmen sowie die Lockerung von EU-Regulierungen zu einem zentralen Anliegen gemacht.

Die grössten Sorgen diesbezüglich macht sich Dänemark, denn Trump könnte die extreme Abhängigkeit des Landes von amerikanischen Computerkonzernen nutzen, um es zu erpressen. Dänemark ist sehr stark digitalisiert, alle möglichen öffentlichen und privaten Leistungen werden übers Smartphone abgerufen, von Krankenakten bis zum Fahrausweis.

Holprige Umstellung in Schleswig-Holstein

Wie aufwendig der digitale Befreiungsschlag ist, zeigt das Beispiel Schleswig-Holstein in Deutschland. Das Bundesland kündigte vor einigen Monaten fast 80 Prozent seiner Microsoft-Lizenzen und stellte auf Libre Office, Open Xchange und Nextcloud um. Total bringe das jährliche Einsparungen von 15 Millionen Euro, erklärt Digitalisierungsminister Dirk Schrödter.

Doch die Umstellung sorgte bei den Angestellten für Kritik – vor allem auch, weil sie zu unvernünftig erfolgt sei. Richter hätten anfangs ihre Mails nicht öffnen können, darunter Haftanträge der Polizei, schreibt die «Frankfurter Allgemeine». Es hätten Unterlagen sogar wieder gefaxt werden müssen.

Inzwischen aber seien die Probleme behoben. Der zuständige Minister Schrödter ist zufrieden – Open Source funktioniert so gut wie kommerzielle Software. Doch Mitarbeitende klagen über fehlende Funktionen, es seien nun mehr Arbeitsschritte notwendig als vorher. Im E-Mail-Programm könne man bestimmte Vorgänge nicht markieren.

Auch wenn gemischte Erfahrungen vorliegen: Das Experiment in Schleswig-Holstein wurde landesweit beobachtet. Für Infomaniak-Chef Oehler ist das der Weg, den auch Schweizer Behörden gehen sollten. Einkaufen sei eine politische Handlung.



Deckt mit seinem Unternehmen Infomaniak alle Bedürfnisse der Kunden ab: Marc Oehler. Foto: PD